

EINKOMMENSRUNDE 2018 **SPEZIAL**

 **dbb**
beamtenbund
und tarifunion

Sonderausgabe

Februar 2018

Das Magazin zur Einkommensrunde mit Bund und Kommunen

ÖFFENTLICHER DIENST

MISS

6 % mindestens 200 €

SEIN

EINKOMMENSRUNDE 2018

dbb fordert 6 %, mindestens 200 €

Seite 3

Leistungsdividende eingefordert

Beamte

Seite 8

Anspruch auf Teilhabe an der
Wirtschaftsentwicklung



Interview

Seite 10

„Wollen wir motivierte
Fachkräfte oder wollen wir
befristete Aushilfen?“



Inhalt

Editorial	2
Forderung	3
Rahmendaten	4
Jugend	6
Arbeitskampf	7
Beamte	8
Interview	10
Branchentage	13
Berufsgruppen	14
Der dbb hilft	16

Redaktionsschluss:
8. Februar 2018



Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion, Bundesleitung, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,
Verantwortlich: Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik
Redaktion: Ulrich Hohndorf, Arne Goodson, Andreas Schmalz
Gestaltung und Satz: Jacqueline Behrendt
Bildnachweis: Titel: dbb, Dirk Heckmann, Jan Brenner, S.2: Friedhelm Windmüller, S.3: Marco Urban, Friedhelm Windmüller, S.4: Nicemonkey (Colourbox.de), S.6: Friedhelm Windmüller, S.7: dbb, S.8-9: Dirk Heckmann, Friedhelm Windmüller, S.10-11: Jan Brenner, S.13: Friedhelm Windmüller, Frank Eppler, Robert Pfeil, S.14: dbb
Telefon: 030. 40 81- 54 00, **Fax:** 030. 40 81- 43 99
E-Mail: tacheles@dbb.de, **Internet:** www.dbb.de
Verlag: dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030. 726 19 17- 0
Druck: L.N. Schaffrath DruckMedien GmbH & Co. KG.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Magazin nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!



Unser Sonderheft zu den großen Einkommensrunden ist mittlerweile eine feste informatorische Größe in der Vorbereitung auf die Verhandlungen und Aktionen. Auch in diesem Jahr bieten wir reichlich Sachinformation, aber natürlich auch

politische Positionen. Sachlich reicht das Themenspektrum von A wie „Azubi“ bis W wie „Wirtschaftliche Rahmendaten“. Wer mehr über unsere Positionen lesen will, findet diese natürlich zunächst auf der nächsten Seite, wo wir unsere Forderungen abgedruckt haben. Neben der Forderung nach 6 Prozent mehr Einkommen haben wir in unseren Gremien noch einige weitere wichtige Forderungen aufgestellt. dbb-Positionen und dbb-Ziele finden sich auch in unserem Interview. Anders als bisher haben wir dieses Gespräch in diesem Jahr zwischen unserem Bundesvorsitzenden, unserem Fachvorstand Tarifpolitik und – erstmals – unserem Fachvorstand Beamtenpolitik geführt. Denn unsere Position, dass die lineare Einkommenserhöhung, die wir in Potsdam ausverhandeln, unbedingt zeit- und wirkungsgleich auf die Bundesbeamten übertragen werden muss, wollen und werden wir mit noch mehr Nachdruck als bisher vertreten. „Nachdruck“ – das ist natürlich nicht allein eine Sache des gesprochenen Wortes, sondern auch der realen Verhandlungsstärke. Die hängt von uns allen ab. Ohne die entsprechende Aktions- und gegebenenfalls auch Streikfähigkeit können wir noch so gut informieren und noch so gut in Potsdam argumentieren, dann wird der Kompromiss gleichwohl mager ausfallen.

Wann und wie es der Verhandlungsverlauf nötig werden lässt, Druck auf die Arbeitgeber auszuüben, steht heute natürlich noch nicht fest. Allerdings informieren wir über mögliche Aktionen und alle anderen Aspekte der Einkommensrunde schnell und umfassend auf unseren Sonderseiten im Internet auf www.dbb.de/einkommensrunde2018.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Geyer
Fachvorstand Tarifpolitik

dbb fordert linear 6 % mehr

Leistungsdividende eingefordert!

„Unser Land befindet sich in einem wirtschaftlichen Dauerhoch und die öffentliche Hand erzielt die größten Überschüsse seit Jahrzehnten. Und jeder sieht, dass die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen der letzten Jahre, die Stabilität und das Wachstum in unserem Land mit dem öffentlichen Dienst, mit der Leistung und dem Fleiß seiner Beschäftigten zu tun haben. Von daher ist unsere Sechs-Prozent-Forderung die Forderung nach einer Leistungsdividende“, fasst dbb-Tarifchef Volker Geyer Forderungsdiskussion und Forderungsbeschluss des dbb zusammen. In gemeinsamer Sitzung der zuständigen Gremien hat der dbb am 8. Februar 2018 seine Forderungen zur Einkommensrunde 2018 mit Bund und Kommunen beschlossen.

Die Forderungen im Detail

- Lineare Entgelterhöhung von 6 %, mindestens jedoch 200 Euro
- Laufzeit: 12 Monate
- Azubis:
 - 100 Euro Entgelterhöhung
 - Verbindliche Zusagen zur Übernahme
 - Tarifierung einer Ausbildungsvergütung für betrieblich-schulische Ausbildungsgänge
- 20 % Nachtarbeitszuschlag auch im Besonderen Teil Krankenhäuser

Weiterhin wollen wir

- Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des linearen Abschlusses auf die Bundesbeamten
- Angleichung der Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost an das Tarifgebiet West der VKA
- Erhöhung des Wechselschicht- und Schichturlaubs

- 20 % Zuschlag für Samstagsarbeit auch im Besonderen Teil Krankenhäuser
- Einrechnung der Pausen in die Arbeitszeit bei Wechselschichtarbeit auch in den Besonderen Teilen Krankenhäuser und Pflege- und Betreuungseinrichtungen
- Zusage, auf regionaler Ebene über ein kostenloses landesweites Nahverkehrsticket zu verhandeln
- Erhöhung des Urlaubs für Auszubildende um einen Tag
- Verbesserung der Regelungen zur Kostenübernahme des Auszubildenden beim Besuch auswärtiger Berufsschulen
- Verhandlungszusage über Erweiterungen der Regelungen für leistungsgehinderte Beschäftigte
- Fortschreibung der Regelungen zur Altersteilzeit

Forderung auch für Bundesbeamte – ohne Wenn und Aber

Friedhelm Schäfer, Fachvorstand Beamtenpolitik im dbb, machte deutlich, dass die Sechs-Prozent-Forderung ohne Wenn und Aber auch für die Bundesbeamten gilt. „Wir erwarten die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf den Beamtenbereich, weil die Bundesbeamten jeden

Cent der geforderten Erhöhung wert sind. Und wir erwarten, dass der Bund sich früh und eindeutig positioniert.“

Auch die Arbeitgeber brauchen einen Abschluss mit Perspektive

Gegenüber der Presse stellte dbb-Chef und dbb-Verhandlungsführer Uli Silberbach klar, dass die Verhandlungen sicherlich kein Spaziergang werden und dass der dbb jederzeit kampagnenfähig ist. „Aber eigentlich müssten die Arbeitgeber von Bund und Kommunen verstanden haben, dass auch sie einen vorzeigbaren Abschluss brauchen, der Perspektiven bietet. Immer häufiger nämlich machen junge Menschen einen Bogen um den öffentlichen Dienst, immer häufiger wechseln gut qualifizierte Fachkräfte vom öffentlichen Dienst in die Privatwirtschaft und immer häufiger können Krankenhäuser, Kitas oder Verwaltungen wegen Personalmangel die von der Politik versprochenen Leistungen nicht im gewünschten Maße erbringen. In diesem Sinne sehen wir die Einkommensrunde 2018 als Chance an, gemeinsam mit Bund und Kommunen Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Personalinvestitionen sind hierbei die besten Investitionen.“

Gewerkschaften und Arbeitgeber haben drei Verhandlungsrunden vereinbart. Die erste Runde findet am 26. Februar 2018 in Potsdam statt. Unter www.dbb.de/einkommensrunde2018 informieren wir zeitnah und umfassend. ■



Gemeinsame Pressekonferenz von dbb und ver.di



Forderungsabstimmung



Friedhelm Schäfer, dbb Fachvorstand Beamtenpolitik



Wirtschaftliche Rahmendaten

Die wirtschaftliche Lage stellt sich hervorragend dar

„Der Pessimist klagt über den Wind, der Optimist hofft, dass er dreht, der Realist richtet das Segel aus.“ (Sir William Ward (1837-1924), britischer Historiker)

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einem kräftigen Aufwind. Das Statistische Bundesamt hat im Januar 2018 mitgeteilt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2017 um 2,2 Prozent zugelegt hat. Das ist das stürmischste Wachstum seit sechs Jahren. Auch der staatliche Überschuss legte zu. Seit Jahren befindet sich unsere Konjunktur auf der Luv-Seite (Anmerkung der Redaktion: die dem Wind zugewandte Seite). Hiervon profitiert – ebenso wie von den anhaltend niedrigen Zinsen – auch der Fiskus: Der deutsche Staat konnte nach vorläufigen Berechnungen zum vierten Mal in Folge mehr Geld einnehmen als ausgeben. Der Überschuss von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialkassen machte unter dem Strich 1,2 Prozent des BIP aus, nach 0,8 Prozent im Vorjahr. Ein geringes Defizit war zuletzt im Jahr 2013 angefallen. Für 2018 rechnet die Bundesbank mit einer Zuwachsrate des BIP in Höhe von sogar 2,5 Prozent.

Arbeitsmarkt unter vollen Segeln

Auch der Arbeitsmarkt steht unter vollen Segeln. Lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2015 in Deutschland noch bei 6,4 Prozent, sank sie im Folgejahr auf 6,1 Prozent. Nach Angaben der Bundesagentur für Ar-

beit (BA) waren 2017 im Jahresschnitt 2,553 Millionen Männer und Frauen ohne Arbeit, dies sind 158.000 weniger als im Jahr davor. Damit sank die durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung: Die Arbeitslosenquote lag 2017 bei 5,7 Prozent – und damit um 0,4 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. Im Jahr 2018 soll es einen weiteren Rückgang auf 2,473 Millionen geben.

Die Schatzkammern füllen sich, denn die Steuereinnahmen (Bund, Länder, Gemeinden, EU) steigen nach der jüngsten Steuerschätzung im Zeitraum von 2017 bis 2022 von 734,5 auf 889,6 Milliarden Euro an. Für die Jahre 2018 bis 2021 wird das Steueraufkommen über der Steuerschätzung von Mai 2017 liegen. Für den Bund ergibt sich aufgrund der Neuregelungen des Bund-Länder-Finanzausgleichs ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis, die Länder erzielen 15,7 und die Gemeinden 12 Milliarden Euro mehr.

Am 12. Januar 2018 hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) einen vorläufigen Abschluss des Bundeshaushalts 2017 vorgelegt. Der Haushaltsausgleich wurde im vierten Jahr in Folge ohne Neuverschuldung erreicht, der Überschuss lag bei 5,3 Milliarden Euro.

Unruhige Gewässer bereits erkennbar

In dem eingangs genannten Zitat steckt viel Wahrheit. Auch wenn in Deutschland,

wie beschrieben, derzeit kein Gegenwind herrscht, dem es auszuweichen gilt, so sind die Argumente der Pessimisten nicht von der Hand zu weisen.

Die derzeitige, wirklich erfreuliche wirtschaftliche Lage Deutschlands darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Wind eines schönen Tages auch einmal drehen kann. Mit wirtschaftlichem Gegenwind könnten sich die Finanzpolster in den Sozialsystemen schnell auflösen und den sozialen Frieden und die innere Stabilität unseres Landes zumindest ins Schwanken bringen.

Unruhige Gewässer sind bereits am Horizont erkennbar: Fachkräftemangel, Demografischer Wandel, Zuwanderung, zunehmende Verknappung bezahlbaren Wohnraums sowie außenpolitische Unwägbarkeiten sind erste Ausläufer eines mittelfristig heraufziehenden Unwetters, dem wir uns stellen müssen.

Derzeit ist die See jedoch (noch) ruhig und wir sollten die Lage nutzen, um als Realisten die Segel für eine nachhaltig positive Zukunft (neu) auszurichten. Unumstritten muss im Hinblick auf den immensen Personalabbau im öffentlichen Dienst umgesteuert werden. Der Stellenabbau hat dazu geführt, dass derzeit an allen Ecken und Enden Personal fehlt. Den Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs, kann der öffentliche Dienst gegenüber der Privatwirtschaft und dem Ausland nur gewinnen, wenn die Attraktivität der vielfältigen Berufsbilder gestärkt wird.

Segel neu ausrichten

An erster Stelle stehen hier die Vergütungsstrukturen, denn auf den Lohnzettel wird als erstes geschaut. Aber natürlich sind auch realistische Aufstiegschancen, ein familienfreundliches Umfeld sowie

Stellenabbau im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern, Kommunen* (1991 bis 2016)

	1991	2016	Entwicklung
Bund	652.000	489.500	-162.500
Länder	2.572.000	2.364.100	-207.900
Kommunen	1.995.900	1.464.400	-531.500
Insgesamt	5.219.900	4.318.000	-901.900

eine ausreichende Personalausstattung, die der Überlastung des Einzelnen vorbeugt, von großer Bedeutung. Es gilt, nicht nur nachzubeseetzen, sondern gezielt wieder Beschäftigung im öffentlichen Dienst aufzubauen, denn beispielsweise öffentliche Sicherheit, Bildung, Finanzen, Infrastruktur und öffentliches Gesundheitswesen haben durch Demografie und Zuwanderung einen gestiegenen und weiter steigenden Personalbedarf.

Der dbb will mit der anstehenden Einkommensrunde dazu beitragen, die Segel mit Vernunft wirksam neu auszurichten, um den öffentlichen Dienst für die kommenden Herausforderungen „sturmfest“ zu machen.

Eine kleine Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags um jährlich 180 Euro sowie die Senkung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung und die Beitragssatzsenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung um je 0,1 Prozentpunkte dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass nicht wenige durch die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen höhere Sozialabgaben zu tragen haben.

Glücklich schätzen kann sich, wer selbst genutztes Wohneigentum sein Eigen nennen kann und sich dafür nicht hoch verschulden musste. Alle anderen sehen sich mit immer stärker steigenden Mieten

konfrontiert. Die so genannte Mietpreisbremse ist, sollte sie überhaupt verfassungskonform sein, in den meisten Fällen praktisch unwirksam.

Darüber hinaus erschweren die weiterhin nicht existenten Zinsen am Kapitalmarkt die Altersvorsorge und führen in Verbindung mit steigenden Inflationsraten weiterhin zu einer Enteignung der Sparer. Auch Kapital bildende Versicherungen werfen weniger Rendite ab oder werden teurer. So ist die Inflationsrate in Deutschland im Jahr 2017 auf den höchsten Stand seit fünf Jahren gestiegen. Das ergab eine erste Schätzung des Statistischen Bundesamts. Waren und Dienstleistungen kosten demnach im Schnitt 1,8 Prozent mehr als im Vorjahr. 2016 betrug die Inflationsrate noch 0,5 Prozent, im Jahr zuvor sogar nur 0,3 Prozent. Für 2018 erwartet man einen Anstieg in der gleichen Größenordnung wie 2017. Lange Zeit haben uns die Wirtschaftsforschungsinstitute und die Bundesregierung weismachen wollen, die Preise würden nur gefühlt stark steigen. Jedoch beschleicht uns immer häufiger das Gefühl, dass die Entgeltzuwächse nicht mehr ausreichen, alles noch bezahlen zu können. Es ist nicht nur die Butter im Supermarkt, die uns verwundert die Augen reiben lässt. Wann waren Sie das letzte Mal im Schwimmbad? Mittlerweile ein teures Vergnügen!

Nach Ansicht der Bundesregierung wird sich der Aufschwung in den kommenden Jahren fortsetzen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden nach Schätzungen der Bundesregierung in der Summe um 3,5 Prozent und in 2018 um 3,1 Prozent zulegen. Dies muss natürlich auch die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes umfassen.

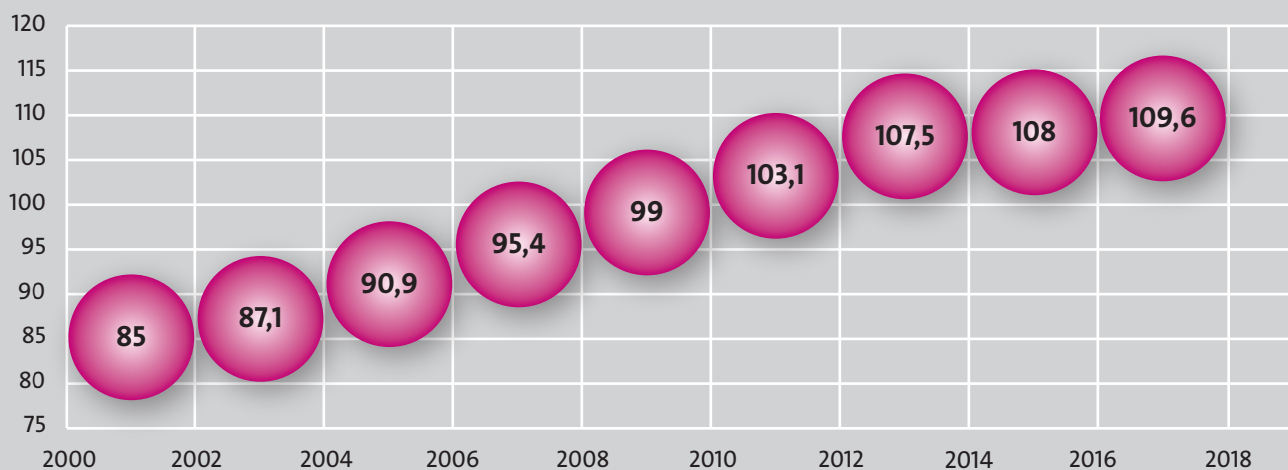
Leinen los!

Folglich heißt der Schlachtruf: Leinen los und alle Mann (und Frauen) an Deck! Gemeinsam stechen wir in See um unserer Forderung nach einer ordentlichen, wertschätzenden Erhöhung der Einkommen Nachdruck zu verleihen.

Eine hohe Forderung bei der Einkommensrunde durchzusetzen, ist aber viel mehr als „mehr Geld in der Tasche“ für jeden Einzelnen: Es ist auch ein Zeichen der Anerkennung gegenüber jedem Beschäftigten. Häufig musste der öffentliche Dienst in den vergangenen Jahren als Buhmann erhalten, obwohl das Auftreten von Problemen meist durch Politikversagen ausgelöst wurde. Insofern erwarten wir von den Politikern ein Zeichen für die Zukunft:

„Seht, Leute! Der öffentliche Dienst ist uns etwas wert, denn wir wissen, ohne jeden Einzelnen von Euch geht es nicht.“ ■

Entwicklung des Mietpreisindex für Deutschland in den Jahren 2000 – 2018



● Mietindex (2010 = 100)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Auszubildende und Schüler

Bedeutung der Einkommensrunde für die Jugend



Mit der bevorstehenden Einkommensrunde für die Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen startet die neu gewählte dbb Bundesjugendleitung in ihre erste Einkommensrunde, um die Interessen der Auszubildenden und Schüler effektiv einzubringen. Seit 12. Mai 2017 ist Karoline Herrmann von der kombi Jugend die neue Vorsitzende der dbb Jugend (Bund). Als Stellvertreter wählten die Delegierten auf dem dbb Bundesjugendtag 2017 Liv Grolik (Junge Polizei), Patrick Pilat (VDStra.-Jugend) und Christoph Strehle (DSTG-Jugend).

Auch in dieser Tarifaesinnersetzung wird der Bereich Jugend und Ausbildung im öffentlichen Dienst eine wesentliche Rolle spielen. Der dbb beamtenbund und tarifunion hat sowohl bei der Forderungsfindung, als auch bei der Vorbereitung von Aktionen wieder eng mit der dbb Jugend (Bund) zusammengearbeitet. Wie in den vergangenen Jahren wird auch im Vorfeld der Einkommensrunde 2018 bei den Fachgewerkschaften und Landesbünden für eine möglichst breite Unterstützung der Jugend geworben. Es geht darum, bei der Durchführung der jeweiligen Aktionen auf besondere Probleme, aber auch auf Positionierungen im Bereich der Jugend hinzuweisen.

Ein zentraler Aspekt ist hierbei eine nachhaltige demografiefeste Personalpolitik, welche dem Berufsnachwuchs Sicherheit und Perspektiven statt Massenbefristung und Geringschätzung bietet. Denn der öffentliche Dienst Deutschlands ist auf

guten Nachwuchs angewiesen. Gerade hier zeigen sich die Auswirkungen des demografischen Wandels.

Allein bei den Kommunen werden in den nächsten zehn Jahren über 400.000 Beschäftigte (circa 27,5 Prozent) aus Altersgründen ausscheiden. Beim Bund werden sogar über 30 Prozent der Beschäftigten in den nächsten zehn Jahren ausscheiden. Aktuell sind zudem rund 75 Prozent aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst über 35 Jahre. Diese Überalterung wird sich in den kommenden Jahren durch den demografischen Wandel noch weiter verschärfen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostiziert ab dem Jahr 2020 einen dramatischen Einbruch der Zahl der Erwerbstätigen und einen sich weiter verschärfenden Mangel an qualifizierten Fachkräften.

Attraktive Beschäftigungsbedingungen schaffen

Der dbb stellt sich jedoch dieser Herausforderung. Denn so sehr sich der Wettbewerb um die besten Köpfe auch verschärfen mag – es gibt Lösungen: Will man den Konkurrenzkampf mit der Privatwirtschaft gewinnen, braucht es Beschäftigungsbedingungen, die so attraktiv wie möglich gestaltet sind. Und hier muss der Blick insbesondere auf die Bedürfnisse der jungen Beschäftigten gerichtet werden. Anders wird es nicht möglich sein, die Funktionsfähigkeit des öffentlichen

Dienstes im Bereich der Kommunen und des Bundes zukunftsfähig und auf hohem Niveau zu erhalten. Eine faire und motivierende Bezahlung gehört ebenso dazu wie ein sicherer Arbeitsplatz, verbunden mit einer beruflichen Perspektive.

Deshalb fordert der dbb für die Auszubildenden und Schüler 100 Euro Entgelterhöhung sowie die Übernahme nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung. Bisher nicht tariflich geregelte Ausbildungsverhältnisse sollen tarifiert werden. Eigentlich nicht zu viel verlangt, sollte man meinen, stellt dies doch die Basis dar, um auch in Zukunft gut qualifizierte Nachwuchskräfte für eine Arbeit im öffentlichen Dienst zu gewinnen. Der dbb will auch in dieser Einkommensrunde dafür kämpfen, jungen Menschen eine Perspektive zu schaffen und gleichzeitig so die öffentliche Verwaltung zukunftsfest zu machen.

Deshalb will der dbb zusätzlich den Urlaubsanspruch auf 30 Tage erhöhen und die Regelungen zur Kostenübernahme beim Besuch auswärtiger Berufsschulen verbessern.

Jedoch nicht nur die Gewerkschaften müssen für Verbesserungen der Rahmenbedingungen kämpfen. Der Staat muss in Sachen Rekrutierung seine Hausaufgaben machen und für bessere berufliche Perspektiven sorgen. Mit Befristungsketten können weder berufliche noch private Perspektiven geschaffen werden.

Zeigen, wo es lang geht!

Neben den Verhandlungsrunden wird es in der kommenden Auseinandersetzung darum gehen, auch auf der Straße Flagge zu zeigen. Nur wenn es gelingt, die Forderungen am Verhandlungstisch auch vor Ort, in den Betrieben, Verwaltungen, Berufsschulen und nicht zuletzt bei den Aktionen des dbb, lautstark zu unterstützen, wird es möglich sein, gestärkt in den Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde aufzutreten.

Der dbb ist gut gerüstet. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass sich gemeinsame Aktionen von „Erwachsenenverbänden“ und Jugend hervorragend ergänzen. Die Aktionsbereitschaft steht und die Motivation der jungen Beschäftigten, für ihre Forderungen auf die Straße zu gehen, ist hoch. Denn ohne die Unterstützung auf der Straße können die Verhandlungen keinen Erfolg versprechen. Die Mitglieder haben verstanden: Es geht um ihre Belange und es geht um die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. ■

Aktionen und Arbeitskampf

Aufmerksamkeit erzeugen

Am 26. Februar 2018 findet in Potsdam der Auftakt für die Verhandlungen zur Einkommensrunde 2018 für die Beschäftigten der Mitglieder der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und des Bundes statt. Wie in den vergangenen Jahren wird der Termin im Wesentlichen darin bestehen, dass die Gewerkschaftsvertreter ihre Forderungen darlegen und begründen und die Arbeitgeberseite sich darauf beschränken wird – wenn überhaupt – Nachfragen zu den Forderungen zu stellen. Die Arbeitgeber werden sich dann mit dem Hinweis auf die nächste Verhandlungsrunde, die bei der diesjährigen Einkommensrunde auf den 12. und 13. März terminiert ist, zurückziehen, ohne detailliert inhaltlich Stellung zu beziehen. Dies kann unterstellt werden, auch wenn zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Beitrags noch gar nicht feststand, welcher Politiker als neuer oder vielleicht auch alter Innenminister die Verhandlungen auf Arbeitgeberseite für den Bund führen wird.

Öffentlichkeit einbinden

Für die Arbeitnehmerseite geht es dann darum, in der eigenen Mitgliedschaft und vor allem auch in der Öffentlichkeit für die eigenen Forderungen zu werben und ein hohes Maß an Aufmerksamkeit zu erzeugen. Es muss gelingen, auch die Bürger des Landes davon zu überzeugen, dass die Forderungen der Gewerkschaften zur Verbesserung der Situation für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen angemessen und nachvollziehbar sind. Je mehr Verständnis und Unterstützung in der Öffentlichkeit für die Argumente der Arbeitnehmerseite erzeugt werden können, umso größer wird auch das positive Echo in den Medien sein, die die Verhandlungen begleiten. Wenn das gelingt, wird es der Arbeitgeberseite umso schwerer fallen, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen zu verzögern beziehungsweise diese als unrealistisch abzutun.

Große Zeitspanne

Unter anderem bedingt durch die Osterferien, erstrecken sich die vereinbarten Verhandlungstermine für die Einkommensrunde über einen doch recht langen Zeitraum. Vom Verhandlungsauftritt am 26. Februar bis zum avisierten Ende mit der dritten Verhandlungsrunde am 15. / 16. April sind es knapp sieben Wochen. Auf der einen Seite bietet diese Terminplanung ausreichend Zeit für die Gewerkschaften, um mit vielen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen für das eigene Anliegen zu werben. Andererseits besteht darin auch die Gefahr, dass durch die großen Zeiträume zwischen den Verhandlungsrunden das öffentliche Interesse nachlässt und durch andere tagesaaktuelle Geschehnisse abgelöst wird. Um das zu verhindern, gilt es also aus Gewerkschaftssicht, die Spannung sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei den betroffenen Beschäftigten von Bund und Kommunen hochzuhalten.

Unterschiedliche Aktionsformen

Damit das über den gesamten Zeitraum der Einkommensrunde gelingt, müssen die unterschiedlichsten Aktionsformen genutzt werden. Vor allem kurz vor der – nach derzeitiger Planung – finalen Runde Mitte April werden die Gewerkschaften das bewährte Mittel der zentralen Großveranstaltungen in den Metropolen nutzen. Dies erzeugt in den überregionalen Medien durch die Vielzahl von Kundgebungsteilnehmern und Fahnen attraktive Bilder und hilft, noch einmal den öffentlichen Fokus auf die laufenden Verhandlungen und die Forderungen zu richten. In den früheren Phasen, besonders zwischen dem Verhandlungsauftritt und der zweiten Verhandlungsrunde, wird der

Schwerpunkt aber eher bei den lokalen Aktionen liegen. Dabei sind auch die regionalen und örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre aufgerufen, mit kleineren und zeitlich beschränkten Demonstrationsformaten die Kollegen vor Ort zu mobilisieren und lokales Interesse zu erzeugen. Insbesondere ist es aus Sicht des dbb, der die Einkommensrunden stets als ganzheitliche Aufgabe für alle Statusgruppen begreift, wünschenswert, wenn sich auch die beamteten Kollegen aus den Dienststellen, beispielsweise während ihrer Mittagspausen, in der Freizeit solidarisch an den Maßnahmen beteiligen. Zumindest mittelbar, durch die regelmäßige Forderung der Übertragung der Ergebnisse des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich, sind auch sie von der Einkommensrunde betroffen.

Vorbereitung für eine mögliche Eskalation

Bis zur bislang verabredeten dritten Verhandlungsrunde Mitte April werden alle begleitenden öffentlichen Maßnahmen von den Arbeitnehmern in aller Regel im Rahmen von befristeten Streikaktionen durchgeführt werden, die höchstens einen Tag andauern. Es kann aber nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass nach der dritten Verhandlungsrunde kein tragfähiger Kompromiss gefunden wurde. Dann müsste eine Eskalation in Form eines unbefristeten Streiks erfolgen. Auch wenn dieses Szenario für alle Beteiligten negative Folgen hätte, müssen die Gewerkschaften darauf vorbereitet sein. Erstrebenswerter ist es jedoch, die Arbeitgeber vorher zum Einlenken zu bewegen, um dies zu vermeiden. Dafür muss dann aber während der Verhandlungen ausreichend spürbarer Druck auf den öffentlichen Straßen und Plätzen erzeugt werden. ■



Beamte des Bundes

Anspruch auf Teilhabe an der positiven Wirtschaftsentwicklung

Jeder Beamte hat nach dem Besoldungsgesetz einen gesetzlichen Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Dies beinhaltet keinen Rechtsanspruch auf Gleichbehandlung von Beamten und Tarifbeschäftigten im Hinblick auf die Erhöhung der Bezüge, jedoch sind die Tarifanpassungen ein wichtiges Kriterium bei der Beurteilung, ob die gewährte Besoldung amtsangemessen ausgestaltet ist. Auch ist es ein Gebot des ordentlichen und fairen Umgangs mit allen Mitarbeitern, diese in gleicher Weise an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben zu lassen und niemanden einseitig zu benachteiligen.

Durch die seit September 2006 eigenständigen Besoldungsrunden in Bund und Ländern – und der unterschiedlichen Übertragung des jeweiligen Tarifergebnisses auf die Beamten des Bundes und der Länder (und damit auch der Kommunen) ist es zu einer deutlichen Auseinanderentwicklung des Besoldungsgefüges und zu einseitig belastenden Maßnahmen zum Nachteil der beamteten Kollegen (Stichworte: Arbeitszeit und Sonderzahlung) gekommen. Für die Arbeits- und Dienstfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist es unabdingbar, annähernd vergleichbare Einkommensbedingungen in Bund, Ländern und Kommunen zu schaffen, um damit überall einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst zu gewährleisten.

Einkommensrunde 2016 / 2017 im Bundesbereich

Der öffentliche Dienst leistet mit seinen Beamten sowie Tarifbeschäftigten täglich rund um die Uhr qualitativ hochwertige

und einzigartige Dienstleistungen für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Dies wird im Bundes- und Kommunalbereich deutlich bei den im Fokus stehenden Bereichen der Flüchtlingsaufnahme, bei Sicherheit, Justiz, Wirtschaft und Finanzen, soziale Sicherung, Gesundheit, Ernährung, Umwelt und Technologie – um einige zu nennen. Hier trägt der öffentliche Dienst entscheidend dazu bei, das Gemeinwesen dauerhaft – auch und gerade in Krisenzeiten – funktions- und leistungsfähig zu halten und für die Bürger zu gewährleisten.

Allein der Bund ist mit seinen über 500.000 Beschäftigten einer der größten „Einzelarbeitgeber“ in der Bundesrepublik. Damit steht er gesamtgesellschaftlich und tatsächlich in einer besonderen Verantwortung für sachgerechte und attraktive Beschäftigungsbedingungen. Der Umgang mit den Beamten im Bund hat faktisch Vorbildcharakter. Dieser Verpflichtung kommt der Dienstherr bislang durch die überwiegend zeit- und inhalts-gleiche Übertragung des Tarifergebnisses unter Berücksichtigung der beamtenrechtlichen Besonderheiten in den letzten Jahren nach. Neben der Gestaltung der Einkommensbedingungen erhalten – gerade in Zeiten des demografischen Wandels – Personalentwicklungsmaßnahmen, zum Beispiel durch Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten, eine herausgehobene Bedeutung.

Zentrale Grundanliegen

Die Forderungen der Beamten sind:

- eine angemessene Besoldung unter Berücksichtigung des vorhandenen und

prognostizierten Wirtschaftswachstums sowie der tatsächlichen und zu erwartenden Preissteigerungen

- ein systematischer Ausbau einer transparent gestalteten, langfristig angelegten Personalentwicklung
- eine deutliche und nachhaltige Verbesserung der Personalsituation durch notwendige Personalgewinnung und attraktive Anwärterbezüge
- eine Anpassung der Besoldungselemente für besondere Belastungen an die tatsächlichen Verhältnisse
- eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Besoldungsentwicklung im Bund von 2010 bis 2017

Im Bundesbereich gelang es, die linearen Anpassungen der Tarifabschlüsse unter Beachtung der spezifischen Besonderheiten durch die Verabschiedung entsprechender Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetze auf die Beamten zu übertragen und damit ein Auseinanderdriften der Beschäftigtengruppen zu verhindern.

So erhielten alle Tarifbeschäftigten und Beamten in den Jahren 2016 / 2017 unter Einbeziehung der gesetzlichen Regelung zur Versorgungsrücklage (einmalige Verringerung der Linearanpassung um 0,2 Prozentpunkte) zum 1. März 2016 eine Besoldungserhöhung von 2,2 Prozent sowie eine weitere Erhöhung um 2,35 Prozent ab 1. Februar 2017.

Besoldungsentwicklung in den Ländern von 2010 bis 2017

Demgegenüber haben die Länder ihre Besoldungsgesetzgebungskompetenz dazu genutzt, in zahlreichen Varianten von den Tarifabschlüssen der Länder abzuweichen.

Nachdem in den Jahren 2009 und 2010 noch eine relativ einheitliche Linie der Besoldungsanpassungen (Ausnahme: Land



Berlin) zu verzeichnen war, wurde der Tarifabschluss für die Jahre 2011 und 2012 nur noch von der Hälfte der Länder Eins zu Eins übertragen, während die übrigen Länder unterschiedliche Abstriche vornahmen.

Diese Abkopplungstendenzen wurden bei der Tarifrunde 2013 / 2014 aufgegriffen und führten dazu, dass nur noch der Freistaat Bayern und die Freie und Hansestadt Hamburg den Tarifabschluss Eins zu Eins übernahmen. Alle übrigen Länder nahmen Abstriche in Form von zeitlichen Verschiebungen, Staffellungen nach Besoldungsgruppen oder sogar Nullrunden – für einzelne Besoldungsgruppen – vor. Gleiches gilt für die Tarifrunde 2014 und 2015, bei der nur die Freistaaten Bayern und Sachsen, die Freie und Hansestadt Hamburg sowie das Land Rheinland-Pfalz den Tarifabschluss inhaltlich und wirkungsgleich auf die Beamten übertrugen. Die übrigen Bundesländer nutzten dagegen weiterhin die für sie finanziell günstigeren Instrumente der Verschiebung beziehungsweise der zeitlichen Staffellung der Besoldungsanpassung oder „verzichteten“ ganz auf eine Anpassung, wie im Land Hessen.

Vermutlich erst durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur so genannten A- und R-Besoldung im Jahr 2015 konnte der vermehrt um sich greifende Trend der Verschiebung oder völligen Abkoppelung sowie zur Staffellung nach Besoldungsgruppen gestoppt werden. Verstärkt wurde dies noch durch weitere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2017 zur Verfassungswidrigkeit der verspäteten Anpassung der „höheren“ Besoldungsgruppen im Rahmen der „Ost- an die Westbesoldung“.

Dies veranlasste die überwiegende Anzahl der Länder, den Tarifabschluss sowohl der Höhe als auch dem Zeitpunkt nach auf die Beamten der Länder und Kommunen wirkungsgleich zu übertragen. Damit konnte zumindest dem weite-

ren Auseinanderdriften der Höhe der Besoldung entgegengewirkt werden, ohne dass die im vergangenen Jahrzehnt von den Beamten erbrachten Einsparungen auch nur annähernd wieder ausgeglichen wurden.

Übernahme des Tarifabschlusses notwendig

Der Bundesbereich darf und kann sich bei der anstehenden Tarif- und Besoldungsrunde nicht ausruhen.

Vielmehr gilt es – angesichts der guten konjunkturellen Lage, der demografischen Entwicklung und der gestiegenen Anforderungen – seinen Beamten mindestens eine angemessene Teilhabe an der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung zu ermöglichen, um damit als Dienstherr attraktiv zu bleiben.

Dies ist dem Bund angesichts der geringen Personalausgaben unproblematisch möglich.

Auch muss ihm daran gelegen sein, eine langfristige Personalentwicklung einzuleiten, um den bestehenden und sich abzeichnenden größer werdenden Personalproblemen spätestens jetzt wirkungsvoll zu begegnen. In den kommenden 15 Jahren scheiden 1,5 Millionen Beschäftigte altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst aus. Trotz erwartbarer und angekündigter Neueinstellungen wird eine gewaltige Personallücke entstehen, die sich bei weiterer Untätigkeit der Dienstherrn auf 700.000 Mitarbeiter erhöhen würde.

Immer weniger Beamte müssen immer mehr leisten. Seit 1990 sind über 200.000 Stellen im Bundesbereich weggefallen. Zudem sank allein im Bereich der Beamten, Richter und Soldaten die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um circa elf Prozent. Gleichzeitig nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten signifikant zu.

Die immense Arbeitsverdichtung ist für die vorhandenen Mitarbeiter auf Dauer nicht zumutbar. Für diese wurden noch nicht einmal ausreichende Entwick-

lungschancen geschaffen. Daher muss die Personalentwicklung systematisch ausgebaut, transparent gestaltet und langfristig angelegt werden. Dem Ausbau von Beförderungsmöglichkeiten und der Flexibilisierung des Laufbahnrechts kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu, um die in den vergangenen Jahren immer weiter geöffnete Schere zwischen der Stellensituation und den tatsächlich wahrgenommenen Funktionen zu schließen.

Zudem sind zur Personalgewinnung und Deckung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften eine Reihe von Impulsen nötig. Die deutliche und nachhaltige Verbesserung der Einkommenssituation der Anwärter und die Abgabe von Übernahmegarantien bei erfolgreicher Laufbahnprüfung wären wichtige und richtige Signale.

Fazit

Eine deutliche Linearanpassung in der Größenordnung eines mehr als doppelten Inflationsausgleichs ist notwendig:

- zur Teilhabe an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung
- zur Anerkennung der täglichen Leistungen der Beamten
- zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Vergleich zur freien Wirtschaft für vorhandene und zukünftige Beamte sowie Anwärter
- zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels

Zudem bedarf es:

- einer deutlichen Anhebung der Anwärterbezüge
- einer Erhöhung des Budgets für leistungsbezogene Besoldung
- einer Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne zusätzliche Belastung der Bundesbeamten
- der Schaffung von ausreichenden Personalentwicklungsmöglichkeiten sowie des bedarfs- und zukunftsorientierten Personalzuwachses ■





Ulrich Silberbach, Volker Geyer und Friedhelm Schäfer

„Wollen wir motivierte Fachkräfte oder wollen wir befristete Aushilfen?“

Interview mit dem dbb-Bundesvorsitzenden, Ulrich Silberbach, dem Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, sowie dem Zweiten Vorsitzenden und Fachvorstand Beamtenpolitik, Friedhelm Schäfer, zur Einkommensrunde 2018:

dbb SPEZIAL: Diese Frage muss am Anfang stehen: Warum führen wir dieses Interview gleich mit drei dbb-Protagonisten und was soll anders als bisher laufen?

Ulrich Silberbach: Das ist gar nicht schwer zu beantworten. Die großen Einkommensrunden, also die mit Bund und Kommunen einerseits und die mit den Ländern andererseits, sind sehr umfängliche Herausforderungen. Nahezu die ganze Organisation ist betroffen. Inhaltlich und logistisch. Da macht es Sinn, die anstehenden Aufgaben arbeitsteilig zu erledigen. Und um die nächste Frage gleich vorweg zu beantworten: Dass wir uns entschieden haben, dass der dbb-Bundesvorsitzende als Verhandlungsführer nach Potsdam geht, hat nichts mit Richtungsstreitigkeiten oder mit Egotrips oder sonstigen Rivalitäten zu tun. Volker und

ich haben uns direkt nach dem Gewerkschaftstag ausgetauscht, gemerkt, dass wir das Gleiche wollen, und dass wir noch mehr dbb-Kraft in diese Einkommensrunden stecken wollen.

Volker Geyer: Sie haben auch gefragt, was „anders als bisher“ sein soll. Natürlich soll nicht alles anders sein. Wie sollte das gehen? Außerdem haben unsere Vorgänger hier gute Arbeit geleistet. Auf der anderen Seite werden die Herausforderungen nicht geringer. Wir erleben aktuell, dass der öffentliche Dienst mehr denn je gebraucht wird und gleichzeitig eine konkurrenzfähige Bezahlung der nötigen Fachkräfte immer schwieriger wird. Dass wir von unserem Gewerkschaftstag im November 2017 bis heute noch nicht all das erarbeiten konnten, was wir uns vorgenommen haben, ist wohl klar. Gleichwohl wollen wir in den nächsten Jahren neue Akzente setzen – zu dritt und mit der ganzen Organisation!

dbb SPEZIAL: Die nunmehr geforderten 6 Prozent für die Einkommensrunde stellen allerdings nicht wirklich etwas Neues

dar. Deshalb unsere Frage: Es ist klar, dass Sie in den drei vereinbarten Potsdamer Verhandlungsrunden möglichst viel von Ihren Forderungen umsetzen wollen. Welche Aspekte sind Ihnen daneben noch wichtig? Die Frage geht an alle drei.

Friedhelm Schäfer: Kurz und knapp: Mir liegt daran, dass wir unser Credo, wonach wir die Einkommensrunden ganzheitlich führen, also für Arbeitnehmer und – was den linearen Abschluss angeht – auch für Beamte, mit mehr Leben füllen. Dabei habe ich nicht nur die aktuelle Einkommensrunde im Blick, sondern auch die im nächsten Jahr mit den Ländern. Hier sind Unwuchten entstanden, die längst nichts mehr mit konstruktiver föderaler Konkurrenz zu tun haben, sondern nur noch mit einer ideenlosen Verwaltung der Haushalte. Die Zukunft wird so ganz sicher nicht gewonnen. Ich will die Beamten, mehr noch als bisher, dafür interessieren, sich einzumischen.

Volker Geyer: Hier will ich anknüpfen und zwei Dinge dabei in den Fokus stellen: Unsere Aktionsfähigkeit ist gut, gemeinsam können wir jedoch noch mehr. Und gemeinsam werden wir auch vor neue Aufgaben gestellt, die neue Antworten brauchen. Neben der klassischen Aktionszeit während der Einkommensrunden müssen wir auch verstärkt versuchen, mit langfristig angelegten Aktionen die Politik zu beeinflussen. Streik und Demons-



tration sind klassische gewerkschaftliche Instrumente, aber wenn wir unsere Ziele in der Politik durchsetzen wollen, müssen wir unseren Instrumentenkasten erweitern. Dazu gehört als zweites mehr gegenseitiges Wissen von dem, was wir wollen, was wir können und ehrlicherweise auch von dem, was wir – noch – verbessern können. Hier meine ich konkret den Austausch und die Kommunikation zwischen dem dbb als Tarifdach und unseren Fachgewerkschaften.

dbb SPEZIAL: Bleibt da für den Vorsitzenden überhaupt noch etwas zu ergänzen?

Ulrich Silberbach: (lacht) Ich hoffe, es wird deutlich, dass das, was wir jetzt jeweils betonen, zusammengehört und auch nur zusammen geschafft werden kann. Volker sprach gerade von der internen Kommunikation. Mir liegt daneben auch die externe Kommunikation am Herzen. Ich ärgere mich immer, wenn entweder über die tollen Leistungen des öffentlichen Dienstes in unserem Land gesprochen wird oder aber über die hohen Belastungen, die unsere Tarifforderungen vermeintlich darstellen, oder aber wenn das dumme Wort von der Pensionslast fällt. Die Dinge gehören zusammen. Gerade während einer Einkommensrunde. Sehen Sie, jetzt haben wir seit mehr als vier Monaten keine wirklich handlungsfähige Bundesregierung und das Land funktioniert trotzdem. Schließen Sie mal für

vier Monate die Schulen, Krankenhäuser oder Bürgerämter und schauen, ob das auch so lange gut geht. Zugegeben, mein Vergleich ist etwas vereinfachend, aber er zeigt die Richtung an, in die es gehen muss. Wir diskutieren in Deutschland, gerade in Wahlkampfzeiten, was wir alles gerne hätten. Wir meiden aber die Diskussion darüber, wie wir das tatsächlich bewerkstelligen können. Hierbei geht es nicht allein um Geld, hier geht es auch um Struktur. Verbeamtenungen muss eine ordnungspolitische Idee zugrundeliegen. Haushaltspolitische Überlegungen oder gar ideologische Frontstellungen dürfen dabei keine Rolle spielen. Vergleichbares gilt auch für die Entscheidung, öffentliches Eigentum zu privatisieren.

dbb SPEZIAL: Zurück zu den Niederungen einer Einkommensrunde. Nervt die Mitglieder nicht mittlerweile dieses Ritual, dass die Gewerkschaften immer etwa das Doppelte von dem fordern, was am Ende herauskommt? Gibt es hierzu keine Alternativen?

Volker Geyer: Das ist aus meiner Sicht ein unpolitischer Ansatz. Wir knobeln unsere Forderung ja nicht aus. Auch den Rechenschieber benutzen wir nicht. Tarifverhandlungen sind stets eine Mischung aus Sach- und Machtargumenten und das in nicht festgelegter Zusammensetzung. Die Forderung ist Ausdruck – ein realistischer Ausdruck, wie ich meine – der Er-

wartungen von etwa 1,6 Millionen direkt oder indirekt betroffenen Beschäftigten im Bereich des TVöD.

Friedhelm Schäfer: Zunächst einmal ist es leicht, über Rituale zu schimpfen, viel schwerer ist es, sie zu ersetzen. Für mich ist eine Einkommensforderung zunächst die Basis unseres Handelns in der Einkommensrunde. Und natürlich wollen wir so viel wie möglich davon durchsetzen, weil alle Kollegen im öffentlichen Dienst ihr Geld einfach wert sind. Außerdem ist die Forderung, auch dann, wenn wir sie nur teilweise durchsetzen, ein selbstbewusstes Statement zu dem Wert, den die Arbeit von Tarifbeschäftigten und Beamten hat.

dbb SPEZIAL: Rechnet der dbb mit einer Schlichtung?

Ulrich Silberbach: Darüber zu spekulieren, macht keinen Sinn. Das ist anders als im Fußball, wo sich vielleicht eine Mannschaft mit einer Mauertaktik in die Verlängerung oder ins Elfmeterschießen retten will. Wir sind abschlussorientiert. Wir verhandeln jetzt mit Bund und Kommunen. Der Bund hat 2017 einen Überschuss von 3,1 Milliarden in den Kassen gehabt und die Kommunen haben im Jahr 2017 sogar 9,8 Milliarden Euro mehr eingenommen als ausgegeben. Da fehlt mir jetzt die Fantasie, mir vorzustellen, wie diese Arbeitgeber uns in Potsdam vorjammern wollen, es gebe keine Vertei-



lungsspielräume. Schließlich ist ein guter Einkommensabschluss kein Geschenk, sondern eine Investition.

Volker Geyer: Als diese Zahlen rauskamen, titelte der Berliner Tagesspiegel Mitte Januar „Staat mit größtem Überschuss seit Jahrzehnten“. Es geht jetzt nicht darum, einfach nur „ein Stück vom Kuchen“ abzubekommen, sondern darum, den öffentlichen Dienst, der in den letzten Jahren enorme Einsparungen erlitten hat, wieder fit zu machen. Das meint ordentliche Schulgebäude genauso wie ordentliche Einkommen und natürlich ordentliche Perspektiven für den beruflichen Nachwuchs. Da tun sich die öffentlichen Arbeitgeber aus unerfindlichen Gründen besonders schwer. Die Übernahme fordern wir seit Jahren. Wichtig ist aber auch, dass das Befristungsunwesen endlich auf das Maß zurückgeschraubt wird, für das das Instrument früher einmal gedacht war. Sonst sehen wir die jungen Leute bald nur noch von hinten.

dbb SPEZIAL: Sehen wir dafür demnächst Beamte im Streik? Wie werten Sie die Diskussion während der Anhörung vor dem Karlsruher Bundesverfassungsgericht Mitte Januar, Kollege Schäfer?

Friedhelm Schäfer: Ich bin vorsichtig optimistisch, dass die Vernunft in Karlsruhe

siegen wird. Als konkrete Antwort auf Ihre Frage: Wir sehen nach der erwähnten Anhörung gute Chancen, dass das Beamtentum nicht mit Hilfe des trojanischen Pferdes „Streikrecht“ ad absurdum geführt und anschließend abgeschafft wird. Ergänzend und in aller Klarheit füge ich hinzu: Wir wollen auch kein Streikrecht für Beamte. Letztlich jedoch hat die Diskussion in Karlsruhe gezeigt, dass es viel zu tun gibt, um die Vorteile, die ein funktionierendes und stringent vom Staat genutztes Beamtentum hat, wieder stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Ein Beamtentum nach Kassenlage ist unseriös und wenig hilfreich. Was wir in Zukunft brauchen, ist eine klare Orientierung am Status und nicht an der Funktion. Anders gesagt: Auch ein Polizist, der gerade im Innendienst tätig ist und dort nicht jede Sekunde hoheitlich agiert, kann in dieser Zeit nicht mal eben streiken. „Ein bisschen Streik geht nicht“, hat Uli in Karlsruhe zu Recht gesagt.

Ulrich Silberbach: Das heißt nicht, dass wir der Politik nicht deutlich machen werden, dass wir als dbb die zeit- und inhalts-gleiche Übertragung der linearen Komponenten des Abschlusses von Potsdam selbstverständlich auch für die Beamten wollen. Dafür werden auch unsere Bundesbeamten in diesem Frühjahr auf die Straße gehen.

dbb SPEZIAL: Abschlusstatement von allen dreien: 6 Prozent sind gut begründet, ...

Ulrich Silberbach: ... weil es das Minimum von dem darstellt, was wir im öffentlichen Dienst wert sind. Von der Bewältigung der so genannten Flüchtlingskrise bis hin zur Schaffung der in Europa einzigartigen wirtschaftlichen Erfolge geht ohne unseren öffentlichen Dienst gar nix. Das hat seinen Preis!

Friedhelm Schäfer: ... und weil wir im öffentlichen Dienst zu oft vertröstet werden und bei vergleichbaren Leistungen und vergleichbaren Berufsbildern oftmals deutlich hinter der Privatwirtschaft herhinken. Das gilt für beide Statusgruppen.

Volker Geyer: ... weil schließlich auch immer mehr Arbeitgeber merken, dass sie ihre Konkurrenzfähigkeit und Zukunft verspielen. Jetzt und in den nächsten Jahren wird es darum gehen, die sich spürbar verändernden Anforderungen an den öffentlichen Dienst zu steuern und ihnen nicht nur hinterher zu laufen. Zugespitzt formuliert: Wollen wir einen guten öffentlichen Dienst oder einen billigen? Wollen wir motivierte Fachkräfte oder wollen wir befristete Aushilfen? Und wollen wir also gestalten oder abwickeln? Unsere Antworten sind klar! ■

dbb Branchentage

Engagierte Diskussionen

Auch in diesem Jahr hat der dbb Branchentage durchgeführt, bei denen die Kollegen wieder engagiert über ihre Erwartungen an die anstehenden Verhandlungen diskutierten. „Die Branchentage sind mittlerweile eine bewährte Institution. Für mich waren sie Neuland und ich bin sehr beeindruckt von der Diskussionsfreudigkeit unserer Mitglieder“, resümiert dbb-Tarifchef Volker Geyer.

Straßenmeistereien

Kollegen des VDStr., der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, diskutierten am 16. Januar 2018 in Solingen, am 19. Januar 2018 in Lawalde bei Görlitz und am 1. Februar 2018 in Kirchheim / Teck. Die Forderung von Hermann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender des VDStr., nach einer Gefahrentulage fand viel Zustimmung. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach erklärte: „Straßenwärter arbeiten oft am Belastungslimit, was Lärm, Abgase und Wetter angeht, und riskieren immer wieder für unser aller Sicherheit ihr Leben. Dafür verdienen sie unseren Respekt und eine angemessene Bezahlung.“ Als weitere wichtige Themen benannten die Kollegen eine soziale Komponente bei der Einkommensentwicklung und die Angleichung der Arbeitszeit in den östlichen Bundesländern.

Kommunale Branchentage

Kommunale Beschäftigte trafen sich am 17. Januar 2018 im Bonner Stadthaus und

am 30. Januar 2018 im Feuerwehrausbildungszentrum Lemgo. Der komba-Chef und Stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission (BTK) Andreas Hemsing erklärte in Bonn: „Die Aufnahme und Versorgung von Menschen auf der Flucht wären beispielsweise ohne den besonderen Einsatz der Kolleginnen und Kollegen – oft weit über die eigentlichen dienstlichen Pflichten hinaus – nicht möglich gewesen. Das verdient Anerkennung, und zwar nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch ganz praktisch in Form von angemessenen Gehältern und ordentlichen Arbeitsbedingungen.“

Bundesverwaltungsamt und Bundeswehrverwaltung

Volker Geyer erklärte am 18. Januar 2018 im Bundesverwaltungsamt in Köln, dass Beamte und Angestellte ein Signal der Wertschätzung erwarteten. In befristeten Arbeitsverträgen könne sich Anerkennung aber nicht ausdrücken. Der Bundesvorsitzende des Verbands der Beschäftigten der oberen und obersten Bundesbehörden (VBOB) Hartwig Schmitt-Königsberg lobte die hohe Flexibilität der Kollegen. Am Flughafen Köln-Wahn diskutierten Arbeitnehmer und Beamte der Bundeswehr am 5. Februar 2018. „Wir kennen unseren Wert“, machte Herbert Schug, Bundesvorsitzender des Verbands der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB), deutlich. „Wir sind die starke Truppe hinter der Truppe.“ Wolfram Kamm, Bundesvorsitzender des Verbands der Beamten der Bundeswehr

(VBB), begrüßte die bereits vom amtierenden Bundesinnenminister Thomas de Maizière gegebene Zusage, das Tarifergebnis auf die Bundesbeamten zu übertragen.

Psychiatrie, Jobcenter und Nahverkehr

Am 1. Februar 2018 diskutierte Volker Geyer mit Beschäftigten der Psychiatrischen Klinik Lüneburg, die die GeNi (Gewerkschaft für das Gesundheitswesen) eingeladen hatte. „Das Gesundheitswesen ist ein Bereich, in dem die Beschäftigten einen immensen Mehrwert für die Gesellschaft schaffen. Sie tun dies oft am Rande ihrer Leistungsfähigkeit und manchmal sogar darüber hinaus. Der Wert dieser Arbeit spiegelt sich in keiner Weise in der Bezahlung wider“, so Geyer. GeNi-Chef Jens Schnepel wies darauf hin, dass offensive Gewerkschaftspolitik starke Mitgliederzahlen braucht.

Am 5. Februar 2018 diskutierte Andreas Hemsing in Frechen mit Jobcenter-Beschäftigten aus komba, vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales und GdS – Gewerkschaft der Sozialversicherung. Er wies auf das grundsätzliche Problem der ungleichen Bezahlung in vielen Jobcentern hin.

Ebenfalls am 5. Februar 2018 führte Thomas Gelling, Stellvertretender Vorsitzender der dbb BTK, bei der Rheinbahn in Düsseldorf aus: „Die Finanzsituation der Kommunen hat sich deutlich verbessert. Höchste Zeit, auch den Beschäftigten reale Einkommenszuwächse zu verschaffen.“ Der Vorsitzende der NahVG Region West Heiko Goebel erklärte: „Unser Beruf ist in den letzten Jahren kontinuierlich belastender geworden. Es ist unanständig, wenn ein Mensch in unserer Branche mit seinem Einkommen kaum über die Runden kommen kann.“ ■



17. Januar, Bonn

Foto: Friedhelm Windmüller



18. Januar, Köln

Foto: Friedhelm Windmüller



19. Januar, Lawalde

Foto: Wolfgang Blachnik



1. Februar, Lüneburg

Foto: Friedhelm Windmüller



1. Februar, Kirchheim / Teck

Foto: Frank Eppler



5. Februar, Köln

Foto: Robert Pfeil

Bedeutung für einzelne Bereiche



Allgemeine Verwaltung

Ein Großteil der Beschäftigten bei Bund und Kommunen arbeitet in der allgemeinen Verwaltung, also bei Behörden mit Aufgaben vom Bevölkerungsschutz über Integration bis hin zu Sicherheitsaufgaben oder in Kommunalverwaltungen. Ob der Arbeitsplatz ein Schreibtisch für die Sachbearbeitung ist oder auch mal draußen liegt, etwa beim Streifengang im bezirklichen Ordnungsdienst: Die Verwaltung fungiert als moderner Dienstleister. Die Ansprüche von Bürgern und der Wirtschaft an ihre Dienstleistungen sind ständig gestiegen, getrieben auch durch die technischen und kommunikativen Möglichkeiten von Smartphone und Internet. Dem zeigen sich zwar die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durchaus gewachsen, um mit Ehrgeiz und individueller Befähigung qualitativ hochwertige Arbeit abzuliefern. Jedoch haben die po-

litisch Verantwortlichen lange Zeit die dafür erforderlichen personellen und sächlichen Grundlagen sträflich vernachlässigt: Jahrelanger Personalabbau führt bei aktuell weiter anwachsenden Aufgaben zu Arbeitsverdichtung und Frust, weil es auch in der allgemeinen Verwaltung an Fachkräften, zeitgemäßen Arbeitsweisen und oftmals sogar an der angemessenen räumlichen und technischen Infrastruktur fehlt. Um das Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in ihren verlässlich arbeitenden öffentlichen Dienst nicht weiter zu gefährden, gilt es ihn wertzuschätzen: durch mehr Personal, geringere Arbeitsbelastung und verstärkte Bemühungen, um Nachwuchs für die weitere Funktionsfähigkeit der Verwaltung zu gewinnen, zu motivieren und damit auch zu halten. Gute Arbeit für den öffentlichen Dienst muss gerade in Zeiten des weiter um sich greifenden Fachkräftemangels attraktiv entlohnt werden.

Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist der größte Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes. Mehr als 100.000 Beschäftigte arbeiten für die BA, in Tätigkeiten, die weit über eine klassische Arbeitslosenversicherung hinausgehen. Nur dank der BA hat Deutschland im Jahr 2018 nahezu Vollbeschäftigung. Tarifrechtlich nimmt sie eine Sonderstellung ein. Es gibt einen zwischen Gewerkschaften und BA ausgehandelten Haustarifvertrag, der die dortigen Besonderheiten berücksichtigt. Die Anpassung, Neuausrichtung und Weiterentwicklung dieses Systems im Sinne der Beschäftigten hat sich der dbb auf seine Fahnen geschrieben.

Die Tarifergebnisse der Einkommensrunde 2018 mit Bund und Kommunen werden auf den TV-BA übertragen. Darum sind die Beschäftigten der BA mit im Boot, wenn in Potsdam verhandelt wird, und wer mit im Boot sitzt, muss auch mit auf die Straße, wenn gestreikt wird. So einfach ist das.

Flughäfen

Eine Vielzahl der Verkehrsflughäfen in Deutschland ist Mitglied in einem der kommunalen Arbeitgeberverbände. Für ihre Beschäftigten findet daher grundsätzlich der TVÖD Anwendung, neben dem Allgemeinen Teil der Besondere Teil Flughäfen (BT-F). Die Flughafenbeschäftigten, für die die TVÖD-Tabelle Anwendung findet, sind unmittelbar von der Einkommensrunde 2018 betroffen. Daneben existieren in privatisierten Bereichen an Flughäfen verschiedene Tarifverträge, die bezüglich der Entgelterhöhungen auf die Ergebnisse der Einkommensrunden mit den Kommunen verweisen, so dass zahlreiche weitere Beschäftigte mittelbar von der Einkommensrunde 2018 betroffen sein werden.

Da es sich bei vielen Tätigkeitsfeldern an Flughäfen um Bereiche mit starker Tendenz zu Liberalisierung und Privatisierung handelt, sind die Kollegen an den Flughäfen in besonderer Weise belastet. Zu dem verstärkten Wettbewerbsdruck mit privaten Anbietern und anderen Flughäfen, der sich auch auf das Arbeitsumfeld der Beschäftigten auswirkt, kommen vielfältige Belastungen durch Schichtarbeit, körperlich herausfordernde Arbeit oder auch gesundheitsgefährdende Emissionen.

Die Flughafenbeschäftigten haben es verdient, dass diesen Belastungen die umfassende Wertschätzung des Arbeitgebers

gegenübersteht, die nicht zuletzt durch deutliche Entgelterhöhungen zum Ausdruck kommt. Nur so kann qualifiziertes Personal dauerhaft gebunden und Nachwuchs gewonnen werden.

Krankenhäuser

Die Besonderen Teile Krankenhäuser (BT-K) und Pflege- und Betreuungseinrichtungen (BT-B) regeln den „Gesundheitsbereich“ des TVöD. Im BT-K befindet sich zudem die so genannte P-Tabelle für den Pflegebereich und eine weitere für die Ärzte in Krankenhäusern. Die geforderten Entgelterhöhungen beziehen sich selbstverständlich auch auf diese gesonderten Tabellen.

Im BT-K bleiben die Nachtarbeitszuschläge und die Einrechnung von Pausen in die Arbeitszeit bei Wechselschicht immer noch hinter den Ansprüchen aus dem allgemeinen Teil des TVöD zurück. Das ist nicht nachzuvollziehen. Eine Angleichung ist überfällig. Die Nachwuchsgewinnung für diese anspruchsvollen Tätigkeiten wird sonst weiter schwierig bleiben.

Ursächlich für die Probleme im Kr-Bereich ist eine verfehlte Krankenhauspolitik, die aktuell über den Geldbeutel jedes einzelnen Krankenpflegers gelöst wird. Krankenhausbudgets und Budgetdeckelung stellen völlig unflexible Instrumente zur Kostenminderung dar. Die dortigen Beschäftigten gehen mittlerweile „auf dem Zahnfleisch“. Die Arbeitsbedingungen zehren an den Kräften der Beschäftigten und führen letztlich zu einer schlechter werdenden Patientenversorgung. Die Arbeitskämpfe der letzten Jahre gerade auch im Bereich der Krankenhäuser haben gezeigt, dass die Beschäftigten nicht bereit sind, auf die berechtigte Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung zu verzichten.

Sozial- und Erziehungsdienst

Die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst arbeiten hart für unsere Gesellschaft und engagieren sich täglich, damit keiner auf der Strecke bleibt. Beschäftigte in der sozialen Arbeit helfen zum Beispiel Familien in kritischen Situationen, beraten Migranten im Asylrecht oder helfen bei der Prävention von drohender Obdachlosigkeit. Viele soziale Berufe und Tätigkeitsfelder haben sich im Laufe der Zeit gewandelt. Auch die berufliche Belastungssituation für Erzieher hat sich in den letzten Jahren weiter verschärft. In den Kitas werden heutzutage

pädagogische Höchstleistungen erbracht. Mit der Umsetzung der Inklusion, dem damit verbundenen Qualifizierungsdruck und der interdisziplinären Arbeit in altersgemischten Gruppen haben sich die bisherigen Regeltätigkeiten stark verändert. Die Situation spitzt sich mit dem akuten Erziehermangel auf dem Arbeitsmarkt zu. Allein im Erziehungsdienst fehlen 130.000 Fachkräfte. Die Diskussion darf allerdings nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Fachkräftegewinnung geführt werden, sondern auch mit Blick auf die notwendige Wertschätzung für das vorhandene Personal. Die Arbeit am und für den Menschen verdient mehr Wertschätzung.

Straßenwesen

Die gute und solide Infrastruktur in Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Rückgrat dieser Infrastruktur ist das gut ausgebaute Straßennetz in den Kommunen, die Landes- und Bundesstraßen sowie die Autobahnen. Dabei ist insbesondere der Straßenunterhaltungsdienst von großer Bedeutung. Die Kollegen schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Tag für Tag unzählige Menschen sowie unzählige Tonnen an Waren sicher und pünktlich ihr Ziel erreichen können. Diese körperlich belastende und oft gefährliche Tätigkeit erfordert stets höchsten Einsatz und volle Konzentration – und zwar nicht nur im Winterdienst und bei der Beseitigung von Sturmschäden. Auch die alltägliche Arbeit der Kollegen ist mit großen körperlichen Herausforderungen und Gefahren durch den Verkehr verbunden. Benötigt werden daher gut ausgebildete und motivierte Beschäftigte, die sich diesen Herausforderungen andauernd stellen – und zwar auch in der erforderlichen Personalstärke. Damit man für diesen Bereich Nachwuchs gewinnen und vorhandene Kollegen dauerhaft halten kann, müssen die Rahmenbedingungen stimmen – dazu zählen insbesondere auch die Höhe und die zukünftige Entwicklung des Entgelts. Dies ist mit der derzeitigen Situation nicht mehr gewährleistet.

Nahverkehr

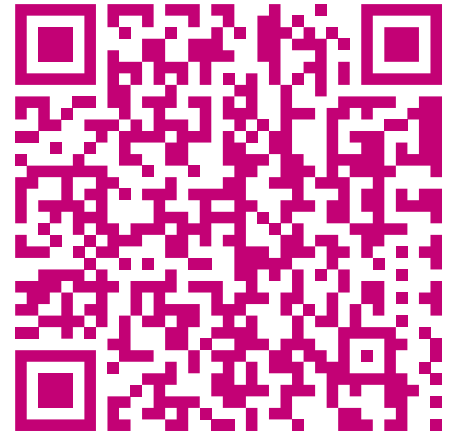
Einige der landesbezirklichen Tarifverträge für den kommunalen Nahverkehr enthalten einen Verweis auf das Monats Tabellenentgelt für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (Anlage A zum TVöD-V). Demnach verändern sich die Entgelte in den landes-

bezirklichen Tarifverträgen zu demselben Zeitpunkt und um denselben Vomhundertsatz, wie sich das jeweils gültige Monats tabellenentgelt der Entgeltgruppe 5 der Anlage A zum TVöD-V verändert. Aufgrund eines solchen Verweises wird in den Tarifverträgen für den kommunalen Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz das Ergebnis der Einkommensrunde übernommen und die Entgelttabellen entsprechend angepasst. Gleiches gilt für die Übernahme von im Geltungsbereich des TVöD-V vereinbarten Fest- oder Mindestbeträgen beziehungsweise Einmalzahlungen. Die Tarifbeschäftigten im kommunalen Nahverkehr sind in puncto Entgelterhöhung und -zeitpunkt den Beschäftigten im Geltungsbereich des TVöD gleichzusetzen. Zudem können die Tarifvertragsparteien des TVöD weitere nahverkehrsspezifische Regelungen treffen, die in den einzelnen Landesbezirkstarifverträgen umgesetzt werden müssen.

Für Tarifverträge im kommunalen Nahverkehr, die keinen Verweis auf den TVöD enthalten, wie beispielsweise in Berlin oder Bayern, finden eigenständige Entgelttarifverhandlungen unabhängig von den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst statt.

Versorgung und Entsorgung

Zum öffentlichen Dienst gehören auch die Bereiche Versorgung und Entsorgung. Die Beschäftigten sind unverzichtbar. Denn der Strom kommt nicht nur aus der Steckdose und die Fernwärme nicht nur aus der Leitung, sondern muss auch produziert werden. Gleiches gilt für die Entsorgung. Von alleine leeren sich keine Mülltonnen, kehren sich keine Straßen oder holt sich der Sperrmüll nicht ab. Das geht nur mit und wegen der Kollegen im öffentlichen Dienst. Funktionieren Ver- oder Entsorgung nicht, ist der Tumult schnell groß. Läuft alles reibungslos, wird dies als selbstverständlich abgetan. Zeit, die Beschäftigten wieder in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Beide Bereiche sind direkt von den Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde 2018 betroffen. Genau wie überall gilt hier die Grundregel, dass ohne Gewerkschaften und engagierte Mitglieder keine Verbesserungen entstehen. Von alleine gibt es von den Arbeitgebern keine Tarifierhöhung. Darum heißt es jetzt, gemeinsam Flagge zu zeigen für den öffentlichen Dienst, für bessere Entgelte und faire Arbeitsbedingungen. ■




Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!

 dbb beamtenbund und tarifunion	
Bestellung weiterer Informationen	
Name	
Vorname	
Straße	
PLZ/Ort	
Dienststelle/Betrieb	
Beruf	

Beschäftigt als:

<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.

Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.

Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben und Zwecke des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften notwendig sind, einverstanden.

.....
Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,
Telefon: 030. 40 81 - 54 00, Fax: 030. 40 81 - 43 99, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de

**Der dbb ist das Dach von 41 Gewerkschaften.
Eine davon ist auch in Ihrer Nähe.**



dbb beamtenbund und tarifunion
Geschäftsbereich Tarif
Friedrichstraße 169, 10117 Berlin
Telefon: 030. 40 81 - 54 00, Fax: 030. 40 81 - 43 99
E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de